

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

212 (2.8.1919) Erstes und Zweites Blatt

einer zuverlässigen Quelle der Stellung der Wilson'schen Note so zu deuten sei, daß der einzige Weg für einen einigermassen erträglichen Frieden kaum anders als über die Abdankung des Kaisers führe. Nach der Meinung des Gewährsmannes würde eine solche Tat des Kaisers es Wilson leichter machen, zugunsten seiner Friedenspläne auf den Senat einzutreten, der in letzter Zeit Einfluß im Sinne einer gütlichen Niederwerfung Deutschlands gewinnt. Gleichzeitig würden auch die Friedensbedingungen in den übrigen Entente-Ländern beschärft werden. Dem Gewährsmann zufolge sei die Schwäche unserer militärischen Lage den Amerikanern zu bekannt, um bei ihnen selbst im Falle eines Aufzuges zur nationalen Verteidigung über den endgültigen Sieg der Entente Zweifel aufkommen zu lassen. Deutschlands Zusammenbruch sei nur eine Frage der Zeit. Sollte versucht werden, den Endkampf hinauszuschieben, so werde das nur als ein neuer Beweis des vorwiegend militärischen Einflusses betrachtet werden und den Verdacht nähren, daß man sich auf Deutschlands innenpolitische Haltung nicht verlassen könne.

Ferner ist ein Telegramm des Kaisers Karl an Kaiser Wilhelm bemerkenswert, das lautet: Ich war heute früh genötigt, da die militärische Lage unabweisbar geworden ist, den Italienern einen Waffenstillstand anzutragen. Falls aber die Italiener die Bedingungen stellen, daß die Wogen von Triest und Karnten (Karnien, Kärnten, Südtirol) für den Durchgang der feindlichen Truppen gegen meine Länder geöffnet werden sollten, so werde ich mich an die Spitze meiner Deutsch-Oesterreicher stellen und den Durchgang mit Waffengewalt verhindern. Darauf kommt Dr. Feilich zu dem Schluß, daß die Truppen der anderen Nationalitäten kaum man sich in diesem Falle nicht verlassen. In treuer Freundschaft ges. Wilhelm.

Die Antwort Kaiser Wilhelms lautet: Mit Beweug habe ich das Telegramm über den Antrag zum Waffenstillstand an Italien gelesen. Ich bin überzeugt, daß die Deutsch-Oesterreicher, an der Spitze der kaiserlichen Herr, sich wie ein Mann gegen die schmachvollen Bedingungen erheben werden, und damit Dir dafür, daß Du mir dies noch besonders verbleibst. In treuer Freundschaft ges. Wilhelm.

Bayern und die Abdankung des Kaisers.

(Zusammenfassung unserer Münchener Korrespondenzen.)

fr. München, 1. Aug. An den Stellen im deutschen Reich über die Vorkämpfer des Waffenstillstandes, die von der Stellung der bayerischen Regierung zur Frage der Abdankung des Kaisers und von Sonderbestrebungen handeln, sind der letzte Ministerpräsident unter der Regierung Ludwigs III., v. Dandl, den Münchener Neuesten Nachrichten folgende nähere Aufschlüsse:

1. Die Stellungnahme der früheren bayerischen Regierung zur Frage der Abdankung des Kaisers ist in dem Bericht des preussischen Gesandten von Treutler vom 25. Oktober 1918 richtig wiedergegeben. Nicht zutreffend dagegen ist die nach dem Bericht des deutschen Gesandten in Bern vom 3. November 1918 an die Entente abgegebene Nachricht, Bayern habe im Bundesrat die Abdankung des Kaisers verbindlich gefordert und es bestreite in Bayern an makabrer Stelle der Eindrücke, daß der Kaiser den Plan verfolge, bei der ersten Gelegenheit die neue deutsche Regierung zu stürzen. Die damalige bayerische Regierung hat vielmehr den Standpunkt angenommen und bei den makabren Besprechungen zur Stellungnahme, daß der Kaiser durch die verantwortlichen Persönlichkeiten über den Stand der Dinge mit aller Offenheit aufzuklären sei und daß sie mit einem freiwilligen Rücktritt des Kaisers einverstanden wäre.

2. Der deutsche Gesandte in Bern hat in seinem Bericht vom 3. November 1918 die Behauptung, daß Bayern Absichten der Entente zu verstehen ansetzen habe, es wüßte sich von der Reichspolizei unter allen Umständen loszulösen, selbst als abenteuerlich bezeichnet. Tatsächlich entbehren solche Gerüchte jeder Grundlage. Der bayerischen Regierung war allerdings seinerzeit zur Kenntnis gekommen, daß in der Schweiz Nachrichten der bezeichneten Art umliefen. Die bayerische Regierung hat daraufhin den Bestand des Reiches gefährdende Bestrebungen stets auf das schärfste beurteilt und ihre direkte und indirekte Förderung entschieden abgelehnt. Der Gesandte erhielt die Weisung, den Standpunkt der Regierung gegenüber den umlaufenden Gerüchten zu betonen.

Deutsche Nationalversammlung.

(Eigener Drahtbericht.)

Weimar, 1. Aug.

Eröffnung der Sitzung 9.30 Uhr.

Das Haus eröfnet zunächst eine Anzahl kurze Anfragen.

Hr. Mittelmann (D. V.) macht auf die bittere Not der Veteranen von 1870/71 aufmerksam. Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums erwidert, daß die Reichsregierung beabsichtige, den Veteranen eine einmalige Zulage in der Höhe des doppelten Betrages von 1917/18 zu machen. Der Gesundheitsausschuß habe am 28. Juli die Genehmigung zur sofortigen Auszahlung erteilt, so daß dieser nicht mehr im Wege stehe.

Hr. Grefenig (Dem.) regt an, den in Folge der Verabschiedung der Stärke der Reichswehr zur Entlassung kommenden Reichswehrgenossen den notwendigen Hilfen zu leisten.

Hr. Rat Dr. Thurnwald teilt mit, daß die Unterbringung der Reichswehrgenossen in Verbindung mit der Reichszentrale für Arbeitsnachweise geschehen werde.

Hr. Wetlich (D. V.) macht auf die Beunruhigung der Angehörigen von Kriegsgefangenen aufmerksam, in Folge der unabweisbaren Nachricht, daß der deutsche Vertreter für die Kommission zur Heimführung der Kriegsgefangenen und Internierten seit Wochen in Versailles vergeblich auf die Ernennung und das Erscheinen der gegnerischen Mitglieder wartet.

Hr. Stülten (Soz.) erklärt dazu als Kommissar der Reichsregierung: Der Friedensvertrag tritt erst in Kraft, wenn seine Ratifikation durch Deutschland sowie drei der Hauptmächte erfolgt ist. Erst dann kann ferner auch die Durchführung der Verhandlungen über die Heimkehr der Kriegsgefangenen erfolgen. Die deutsche Regierung hat in zwei besonderen Noten vom 28. Juni und 21. Juli die Entlassung von Kommissaren zur Vorbereitung des Heimkehrertransportes vorgeschlagen. Sie habe aber bis jetzt noch keine zugehörige Antwort erhalten. Die deutsche Regierung hat sich unermüdet bemüht, einen solchen Heimkehrertransport herbeizuführen, hat aber weder die Möglichkeit, noch die Macht, die Aufnahme von Verhandlungen zu beschleunigen. Auch der Vorschlag, der in Schweden befindlichen Kriegsgefangenen hängt von der Entscheidung der a. und a. Mächte ab. Die Internierung in der Schweiz ist ebenfalls aufgehoben. Am 1. 5., 8. und 12. August treffen in Konstanz je 200 Offiziere und 500 Mannschaften ein. Die Besessenen, wonach der Heimkehrertransport der Gefangenen unmittelbar bevorsteht, sind bereits im Gange, ist irrtümlich und geeignet, die Beunruhigung in der Bevölkerung zu steigern. Die dieser Lage aus Deutschland nach Versailles abgereichte Kommission zur Annahme unmittelbarer Verhandlungen mit Frankreich über den Wiedertransport war ebenfalls erfolglos. Sobald die erwartete Kommission mit den französischen Bevollmächtigten die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Sicherheit der persönlichen Freiheit und den umgebenden Verkehr mit der Heimat festgelegt hat, wird ein Aufbruch an die deutschen Arbeiter erfolgen, sich an Arbeit in den geachteten Gewerben zu machen. Mit der Aufhebung der Gefangenen steht der Wiedertransport nach dem Friedensvertrag in keiner Verbindung. Die vielfach verbreitete Ansicht, daß gewisse freie Arbeiter zum Austausch von Gefangenen angeboten werden können oder müßten, ist irrig. Die Kommission für die Kriegsgefangenen wird bis zu ihrer Entzifferung in jeder nur erdenklichen Weise ohne Rücksicht auf die Kosten tätig sein.

Hr. Mittelmann (D. V.) erhebt auf Anfrage nach dem Palazzo Cavour, dem ehemaligen Heim der deutschen Botschaft in Rom, die Antwort, daß Verhandlungen darüber schweben.

Hr. Kunert (L.S.) verlangt Maßnahmen der Regierung, wodurch alle in Frage kommenden Offiziere auch einträglich, ausschließlich zur Volksernährung verwendet werden sollen.

Hr. Meißner (D. V.) regt an, ein verhältnismäßig kleiner Teil der Offiziere soll für die Marine als Reserve in der Industrie verwendet werden. Für die Wochensicherung wird kein Zuzug zur Verfügung gestellt. Eine Reihe von Krieges-Kriegern gefahren haben und verhältnismäßig wenig Hilfe erhalten, werden in dessen nicht still liegen. Die unbedingte Herstellung von Offizieren wird nicht gefordert. Die Beschäftigung ist vielmehr bei Wein aus Bayern und Kirchen auf 20 Prozent der durchschnittlichen Beschäftigung in den Jahren 1914 bis 1916 und bei Pflanz- und Weinweinen auf 40 Prozent der durchschnittlichen Beschäftigung in den Jahren 1914 bis 1916 beschränkt. Inländischer Jäger wird nur für die Bestellung des

für medizinsche Zwecke unentbehrlichen Seidelweines zur Verfügung gestellt bis zur Höchstgrenze von 5000 Doppelhectolitern. Für andere Weine darf nur die beim Heibelweine etwa erhaltene Aufmerksamkeit ausländischen Jägers verwendet werden, den die Reichsregierung zur Verfügung stellt. Die Vergütung des Offiziers zur Verstellung von Weinweinen ist grundsätzlich ganz verboten. Ausnahmen sind nur zulässig zur Verhinderung des Verderbens von Wein.

Interpellationen.

Die Interpellation der Abgeordneten Dr. Feilich und Kracht über die Kohlenversorgung wird auf Wunsch des Reichsministers Schmidt mit Rücksicht auf die laufenden Verhandlungen über Maßnahmen zur Behebung der Kohlennot von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt die Interpellation Kracht (D. V.) und Dr. Feilich (D. V.) über Beamtenfragen. Die Interpellation tritt mit Rücksicht auf die Vergütung der preussischen Beamten über die einseitige Beschäftigung unmittelbarer Staatsbeamten in den Reichsämtern und auf die Reichsbeamten ausgedehnt werden soll. Sie fordert eine Neuordnung des Besoldungswesens und der Verhältnisse, Schaffung eines freibleibenden Beamtenbesoldungswesens, sowie die Gewährleistung gewisser Mindestgehälter hinsichtlich Besoldung, Ruhegehalt und Hinterbliebenenbezüge der unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten, insbesondere auch bei Gemeindebeamten und Lehrern durch Reichsgesetz.

Hr. Hoff (D. V.) will wissen, ob es sich um die bisher als Pflichtverpflichtung, kostenlose Beamten in der Welt haben. Das Verhältnis unserer Beamten zum Reich und zum Staat ist ein Widerspruch in sich selbst. (Sehr richtig!) Wir wünschen Schutz des Beamtenstandes gegen ein Übermaß der Parlamentarisierung und Politisierung. (Sehr richtig!) Zu dem Zweck verlangen wir die Schaffung eines neuen Beamtenrechtes durch Reichsgesetz mit einer Ausgestaltung der Beamtenausweise, Regelung der Urlaubsvoraussetzungen, Reform des Disziplinarwesens, Aufhebung des Verbots der Nebenbeschäftigung usw. Vor allen Dingen verlangen wir eine Erhaltung des Beamtenstandes aus wirtschaftlicher Not. Eine solche durchgreifende Reformvorschrift für alle Beamtenstellen muß kommen.

Reichsminister Dr. David: Es ist mir ein dringendes Bedürfnis, der deutschen Beamtenschaft meine warmste Anerkennung für ihre Pflichttreue und für ihre forderliche Arbeit, die sie nicht nur während des Krieges, sondern auch nachher unter schwierigen Verhältnissen geleistet hat, auszusprechen. Das soll unversehrt sein, wenn eine durchgreifende Neuordnung angedacht kommt. Ein gutes Beamtenrecht ist die Lebensversicherung für das neue Deutschland. Nicht auf einen autoritären Bezug von oben, sondern auf der Pflichttreue von unten beruht die Stärke der Demokratie. Im Einvernehmen mit dem Finanzminister bin ich der Ansicht, daß eine Neuordnung des Besoldungswesens und Pensionswesens, sowie der Hinterbliebenenfürsorge unbedingt nötig ist. Kurzzeit freilich ist eine generelle Regelung nicht möglich. Es muß Klarheit geschaffen werden über den Beamtenstand, mit dem wir in Deutschland zu rechnen haben. Eine baldige Klärung ist in den Verhandlungen mit den Beamtenverbänden seitens des Reichs- und Landesregierungen in Aussicht genommen. Die Kommissare beginnen bereits am 12. August in Berlin. Vom Reichsministerium des Innern ist ein Rat für Beamtenfragen eingesetzt worden, der seine Arbeiten am 1. August aufgenommen hat. Das neue parlamentarische System wird fordern die Gewähr geben, daß die Beamten ihre berechtigten Forderungen leichter und rascher zur Geltung bringen können. Freie Wahlen dem Reichstag. Das neue System nimmt dem Beamten nichts, es kann ihm nur Freude und zum Nutzen werden, der Gesamtheit aber zum Wohle!

Hr. Koenen (L.S.): Es ist ersichtlich, daß die Herren von der Rechten sich auf einmal für die Beamten erwarmen. (Anmude rechts, lebhaftes Zustimmung links.) Das ist Schamlosmacherei. (Erneute Anmude rechts.) Die freibleibende Belegschaft der Beamten haben Sie (nach rechts) stets gehindert. Wir treten für das Koalitionsrecht und das Streikrecht der Beamten ein. Ferner verlangen wir eine Gesetzeslösung über Beamtenrechte.

Hr. Altfeldt (Fr.): Das Zentrum ist stets mit Nachdruck für die Forderungen der Beamten eingetreten. Die Beamtenorganisationen können in den letzten sechs Monaten auf ganz besondere Leistungen zurückblicken. (Zustimmung.) Angesichts der Notlage sämtlicher Beamtenkategorien, auch der Beamten, haben wir eine durchgreifende Besoldungsreform für erforderlich.

Hr. Degler (D. V.): Infolge der Zusammenhänge von Ministern konnten die Beamten befürchten, daß ihnen

die Pensionserhöhung und unabweisbare Anstellung abgefordert werden soll. Wenn einmal die Sozialdemokraten wirklich die Mehrheit bekommen sollten, so wird den Beamten das Beamtenrecht nichts mehr nützen. Die Not unter den Beamten ist so groß, daß unbedingt einmalige Zulagen gegeben werden müssen. Auch die Pensionisten sind zu berücksichtigen. Von der Güte des parlamentarischen Systems, das Herr David in den höchsten Tönen geprieselt hat, haben wir uns bisher nicht überzeugen können. Das jetzt abgeleitete Gesetz ist ein Korkensatz, das vom nächsten Reichstag umgestürzt werden kann. (Zustimmung rechts, lebhaftes Widerspruch links.)

Reichsminister Dr. David wendet sich gegen eine Reihe von Bemerkungen des Korrespondenten, der u. a. die Behauptung aufgestellt habe, unter den Mitgliedern der Regierung befänden sich dekorative Figuren, die Gehalt ohne Gegenleistung bezögen. Meine Herren! Ich bin ein glühender Anhänger des Beamtenrechts und Arbeit über Arbeit. Unter der alten Regierung gab es aber unglückliche dekorative Figuren. Der Korrespondent und seine Freunde müssen sich gelangt sein lassen, daß heute außerordentlich viel billiger regiert wird als unter dem alten System.

Hr. Düvel (L.S.): Auch die heutige Regierung hat im Einverständnis mit den Beamtenorganisationen das Koalitionsrecht der Beamten beschränkt. Grundtatsache werden die Mitglieder nur durch freie Wahl der Beamten befristet.

Hr. Mittelmann (D. V.): Wie stellt sich die Regierung zum Streikrecht der Beamten? Die Bemerkung Dr. Davids, früher habe der oberste Beamte des Reiches 18 Millionen Einkommen bezogen, war wenig geschmeichlich. Genuß hatte das alte System. Die Beamten zur Verzweiflung sind demüht von diesem Dünkel abgehaut worden. Mit neuem Mut treibt das Reichsamt eine ungeliebte Zukunft entgegen. Eines aber steht fest: Wenn jemals gehofft werden kann, daß das neue Schiff eine gute Fahrt fährt, so wird es nur dadurch möglich, daß der alte Geist der alten Beamtenchaft hienin dringt in die neue Zeit.

Reichsminister Dr. David: Lieber das Streikrecht der Beamten bin ich nicht in der Lage, mich etwas klar zu äußern. Der Streit muß in den Organisationen der Beamten selbst ausgetragen werden. Hiernach wird ein Schlußantrag angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag, 7. August, nachmittags 4 Uhr: Zweite Beratung des Besoldungswesens über die außerordentliche Kriegsabgabe.

Schluß 2 Uhr.

Der Staatsgerichtshof.

(Eigener Drahtbericht.)

Weimar, 1. Aug. Der Verfassungsausschuß hat sich heute zum erstenmal mit dem Gesetzentwurf über einen Staatsgerichtshof beschäftigt. Er wird die Beratungen so rasch wie möglich zu Ende führen.

Die Sozialdemokraten und die Steuerentwürfe.

(Eigener Drahtbericht.)

Weimar, 1. Aug. Am Steuerentwurf für die Beratung der Erbschaftsteuer erklärte der sozialdemokratische Abgeordnete Reil, daß eine Partei eine wesentliche Erhöhung der vorerwähnten Steuerforderung fordern müsse. Reil schloß eine Verdrängung der Steuerfrage der Regierungsvorlage vor und erklärte, daß ohne eine ausreichende Verringerung des Besteuerungsmaßes keine Partei nicht für die geforderten zusätzlichen Steuern stimmen könne. Am der Reichsversammlung der Sozialdemokraten wurde die Kontinuität der Sozialdemokraten geäußert.

Die Thüringerfrage.

(Eigener Drahtbericht.)

Weimar, 1. Aug. Auf Einladung der preussischen Regierung fand hier eine Sitzung am 31. Juli dieser und Vertreter der Thüringer Staaten statt, um über die Stellung der preussischen Regierung zur Frage einer preussischen Gebietsabtretung an die geplante Gemeinschaft der Thüringer Staaten Klärung zu schaffen. Als Ergebnis der Verhandlungen wurde festgestellt, daß Preußen zur Abtretung der preussischen Enklaven in Thüringen sowie des Stadt- und Landbesitzes Erzuri bereit ist, vorbehaltlich der Volksabstimmung in den betreffenden Gebieten und der Zustimmung der preussischen Landesparlamentarier. Voraussetzungen und Bedingung dieser Gebietsabtretung soll eine Interessengemeinschaft des zu entlassenden Thüringer Kreistages und Preußens sein.

Eine künstlerische Volksbühne für Württemberg.

Das Problem der theatralischen Verformung kleinerer Städte stellt sich heute bei der Frage der Neuordnung des württembergischen Landestheaters keine unwesentliche Rolle. Zu einer Zeit, wo Karlsruher Schauspieler in ganz Baden Gastspiele veranstalten, dürfte es interessieren, zu erfahren, wie die wichtige Württembergfrage in Württemberg der Lösung näher gebracht wird.

Der „Verein zur Förderung der Volksbildung“ in Stuttgart, ein von dem abertausenden Großindustriellen Volk unterstütztes, von dem ausgezeichneten Vorstand des Volkshochschulwesens, Seminaroberlehrer Bäcker geleitetes wohltätiges Unternehmen, dem u. a. auch die Reichsdruckerei angeschlossen ist, hat eine künstlerische Volksbühne für Württemberg mit einem Schauspielerensemble ins Leben gerufen, deren Leitung einem tüchtigen gründlich ausgebildeten Theatermann, Ernst Martin, dem früheren Leiter der Nürnbergischen Singspiele und einem genauen Kenner seines württembergischen Heimatlandes, übertragen worden ist. Sie tritt sich einerseits auf die Stuttgarter Landestheater, die ihren Kostümfundus, sowie andererseits auf erhebliche Einzelkräfte ihres Ensembles zur Verfügung stellen, und steht andererseits mit dem Theaterkulturverband in enger Fühlung, auf dessen Arbeitsprogramm ihre Entwurfsarbeiten aufbauen und dessen Ideen in Württemberg durchzuführen dieser Volksbildungsbereich und seine Bühne in erster Linie berufen sein wird.

Selbstverständlich soll diese „Schwäbische Volksbühne“ nicht etwa nur, wie der etwas zu enge sachliche Titel mutmaßen lassen könnte, das heimliche oder gar nur des Dialekts willen, so wesentliche Berücksichtigung eine gute „Seimalkunst“ — der lebenden Endes — selbst Schiller auszuweisen ist! — bei einem mit der Dichtung seines Landes so verwachsenen, an arden Dichtern so reichen Volk wie dem schwäbischen auch finden muß. Aber es ist nicht die einzige neue Idee, die in der „Denkschrift“ über die Ausgestaltung des württembergischen Theaters und Musikwesens in Württemberg“ aufsteht, wenn darin die Abteilungsleiter des Vereines betonen, daß das Repertoire ihrer Wanderbühne nicht vor den Wodernen Hallen stehen darf. Denn dem wird auch für Kisten und Bühnen, selbst bei vorzüglicher

Auswahl für manchen Strindberg mit der Zeit beim Publikum einer Kleinstadt Verständnis zu gewinnen sein. Ebenso ist die Ausdehnung des klassischen Spielplans nach rück- und vorwärts, an Sophokles hin und umgekehrt bis zu Sobell zu beachten; sofern auch hier schrittweise vorzugehen und nicht, wie gerade an mancher Großstadt, der Dachtisch aufsteht, wo das Fundament fertig ist. Daß auch das Volk nicht fehlen darf, ist selbstverständlich. Man sollte hier einmal den Versuch machen, Raimund und Anznerscher Gezeiten schäblich sprechen zu lassen. Der Schaden, den sie durch eine solche Leberlesung aus einem süddeutschen Dialekt in den anderen erleiden würden, wäre sehr viel geringer als der Vorteil, den sie einer Volksbühne damit bringen.

Auch die Veranstaltung von Sinabielien ist geplant, wie sie bereits von Theaterkulturverband auf den Kabinetten seiner Wandertreffen besprochen worden sind. Künstlerische Volkskonzerte sollen, wie Konserthaus Karl Adler der hiesige Leiter der Musikabteilung des Vereines, berichtet, Hand in Hand mit den Theateraufführungen gehen, vorbereitet durch einführende Vorträge, manchmal durch mündliche Erläuterungen im Lauf des Abends, gelegentlich auch durch vorangehenden rezitierenden Vortrag des nachher zu singenden Liedes; ein Verfahren, vor dessen Verallgemeinerung dringend warnen muß, das bei Liebern der Kaiserfester gelegentlich sogar das Gegenteil des beabsichtigten Effektes bewirken könnte, in Einzelfällen sich aber durchaus bewähren kann. Ich selbst habe a. B. bei Suao Wolfstich Goethe und Mörike-Liedern, wo ich es seit 1913 versucht lieh, sehr günstige Resultate festgestellt.

Wie unendlich notwendig Württemberg eine unter künstlerischer Kontrolle stehende Wanderbühne hat, ergibt sich von der Tatsache, daß das arme Land insoweit nur in vier Städten ständige Theaterbetriebe besitzt in Stuttgart, Heilbronn, Ulm und Göttingen. Vom letzteren führt die hiesige Karlsruher Stuttgarter Wäler und Literaten, die sich einen besonders vornehmen Abend machen wollten, dorthin an klassischen Trauerspielen zu fahren. Alle übrigen Städte, darunter vier über 20 000 Einwohner und weitere 12 Städte über 10 000 Einwohner unter diesen auch die Landesuniversitätsstadt Tübingen, haben bisher sich mit irrenden umherziehenden Truppen behelfen müssen, von denen kaum eine ernsthaften Anbrücken zu zeitigen Vermögen.

Dr. Ernst Leibold Stahl.

Theater und Musik.

Uraufführung in Halle. „Die — oder Keine“ ein musikalischer Schwank nach einem älteren Stoff von Friedrich von Schiller, von Richard Bars, Musik von Walter B. Goebel, hatte bei seiner Uraufführung am Wallhalla-Theater in Halle einen starken, sich von Akt zu Akt steigenden Erfolg. Goebel, der nach seinem arden Erfolge mit seiner fiktionalen erdichten sein arden Operette „Abre Sobel die Tänzerin“ immer stärker die Bühnen zu beherrschen beginnt, zeigt in seinem neuen Werk, daß er auch Meister der populären Schlagermelodie ist. Das lustige Stück, in welchem mehrere fast komische Handlungen miteinander verwebt sind, behandelt insbesondere die Ehepaare eines liebesleidenden Rechtsanwalts, der nach mehrfachen Wechsellagen reumütig wieder in die Arme seiner einstigen Frau zurückkehrt. Das außerordentlich gute Solistensemble des stadt vomitierten Dialog und den anwendenden Melodien. Von den Künstlern excellieren als Hauptdarsteller Hermann Feiner, zunächst als Reizker und Wilma Conti als Fortwältzer, borende, tennisspielende Deutsch-Afrikaner.

Ein antientisches Drama von Romain Rolland. In der Uebertragung von Stefan Zweig erscheint demnach ein bisher unbekanntes Drama von Romain Rolland. Es heißt „Die Zeit wird kommen“ und spielt während des Burenkrieges in der Südafrikanischen Republik. Es stellt den Kampf der Buren gegen Imperialismus und entlichen Militarismus dar, die in unruhigen künstlerisch objektiven eisebenen Erscheinungen festgehalten sind. Das Drama wirkt natürlich in höchstem Grade antientisch. Doch möchte Rolland mit dem 12 Jahre vor dem Weltkrieg entstandenen Werk sein besonderes Kampfbild gegen Enthalde aufzeichnen zu haben. Er möchte Enthalde nur als Schulbeispiel für die ganze „europäische Zivilisation“ ansetzen wissen.

Kunst und Wissenschaft.

Neue Forschungen zur Meteorologie. Oberstleutnant a. D. Schäfer in Karlsruhe, bekannt durch seine Untersuchungen über den Einfluß des Mondes auf die Erdatmosphäre, veröffentlicht in den „Annalen der Hydrographie und maritimen Meteorologie“ eine neue, auf gründlichster Kenntnis und ungenügend sorgfältiger Forschung aufgebauete Arbeit: „Die Luftdruckänderung in anomalousen Mond“. Nachforschungen werden dieser Arbeit, die der verdiente Forscher

vorziehen will, sicherlich die ihr zukommende Beachtung finden; wir würden es aber begrüßen, wenn auch weiteren Kreisen Gelegenheit gegeben werden könnte, sich mit den Ergebnissen der sorgfältigen Untersuchungen bekannt zu machen. Vielleicht könnte das im Rahmen der Volkshochschulkultur geübt werden, deren Besucher gerade dieser Materie so großes lebhaftes Interesse entgegenbringen würden.

Von der Heibelberger Universität. Wie wir hören, hat Professor Albert in Halle den Ruf als Nachfolger Wolfrum auf den Heibelberger Lehrstuhl für Musikwissenschaft angenommen. Er wird jedoch mit seinen Vorlesungen erst im Sommersemester 1920 beginnen.

Kleine wissenschaftliche Mitteilungen. Karl Neumann, der leitende Revisor der „Rezeptionsstelle“, hat mit seiner Arbeit „Die Geschichte der Dialektliteratur in Hessen und Nassau“ an der Gieseler Universität den Doktorgrad der Philologischen Fakultät erworben.

Literatur.

Paul Sturm: Sonnenland. Gedanken und Gedichte 48 Seiten. Verlag des Evangelischen Schriftvereins in Karlsruhe. Preis 1.65 M.

Garnisonvater Paul Sturm, ein geheimer Karlsruher, hat bereits unter dem Titel „Um finst und feid froh“ ein Bildchen herausgegeben, das aus dem Niederdeutschen des deutschen Volkes einen 400 der besten und wertvollsten Lieder darbietet, aus denen und Wälder enthält und als ein gutes Nachschlagewerk bezeichnet werden muß. Nunmehr veröffentlicht er eine neue Schrift, die menschenliche Seele in das Sonnenland führen will. Der Hauptinhalt besteht aus Betrachtungen über biblische Texte, für die der Ausdruck „Sonnensland“ nach viel auf die Welt ist, die der Verfasser durchaus originell und zeit, daß er mit beiden Füßen im Leben steht, die Menschen mit ihren Fehlern, Sorgen und Nöten kennt und das Nützliche erklären möchte im Lichte des Evangeliums. Dabei verleiht er auch den Dichtern nicht, wie a. B. die biblische Tierwelt zeigt, mit der die erste Betrachtung „Was das Leben ist“ beginnt. Den Betrachtungen sind einige Seiten Gedichte angehängt, die auch wohl und ansprechend sind. Wir zweifeln nicht, daß Paul Sturm's „Sonnenland“ eine freundliche Aufnahme bei allen für das Göttliche empfänglichen Menschen finden wird. D. E.

Der neue Wiener Kurs.

—ar. Berlin, 31. Juli.

Deutsch-Oesterreich steht vor der letzten Schlußverhandlung in St. Germain. Wie auch dort entschieden werden möge, in der Frage des Anschlusses an Deutschland sind die Würfel bereits gefallen.

Die Verhandlungen der Alliierten annimmt oder nicht, deren Machtwort für die nächsten Jahre willenlos unterworfen sein. Den äußeren Ausdruck für diese Entscheidung bildet der Rücktritt des deutsch-oesterreichischen Staatssekretärs des Außen Dr. Otto Bauer.

Dieser um die deutsche Sache hochverdiente Mann ist bei seinem jetzigen Abgang von der politischen Bühne noch nicht 51 Jahre alt. Er war vor dem Kriege Sekretär der deutschen sozialdemokratischen Partei in Oesterreich. Nach Abolition seiner politischen Funktionen schloß er sich der Partei an und trat mit mehreren Schritten hervor.

Der Wiener ist das bekannteste das über den Begriff der Nationalität, das im Jahre 1913 erschienen ist. Nach Ausbruch des Krieges nahm er als Leutnant an dem Kriege teil, geriet in russische Gefangenenschaft und weckte zuerst der russischen Revolution in Rußland, wo er so die Entwicklung der Dinge aus der Nähe sah.

Er wurde später von der revolutionären russischen Regierung freigelassen und beachtete sich nach Wien. Er entwickelte dort das sogenannte Nationalitäten-Programm. Bekanntlich hat noch vor dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie der linke Flügel der Sozialdemokraten Oesterreichs sich für das Nationalitätenprinzip ausgesprochen.

Es gab damals zwei Richtungen, deren eine, vertreten von Dr. Karl Renner, die Erhaltung des alten Oesterreichs in Form eines nationalen Bundesstaates mit nationaler Autonomie forderte, also nicht auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechtes stand.

Der linke Flügel stellte damals das Nationalitätenprinzip auf und verlangte das Selbstbestimmungsrecht. Das geschah, wie gesagt, bereits zu einer Zeit, als an die vollständige Auflösung Oesterreichs noch nicht zu denken war.

Nach dem Sonderfriedensangebot Kaiser Karls griffen die deutsch-oesterreichischen Sozialdemokraten aller Richtungen dieses Programm der Nationalitätenbestimmung auf.

Bauers Verhalten ist es, für dieses Nationalitätenprogramm sein großes Talent und seinen Einfluß eingesetzt zu haben. Das ihm das große Werk vorläufig mißlang, ist nicht seine Schuld. Es wäre falsch, zu behaupten, Bauer sei gegangen, weil es ihm nicht gelungen sei, die Uebernahme der österreichischen Kriegsschuld durch Deutschland in Wien und Weimar durchzusetzen.

Biel grüßeres stand auf dem Spiele und ist durch die brutale Verwundung der Entente verhindert worden. Bauer hat vor einigen Tagen in Wien in einer Riesensammlung gesprochen, um mit den Widersachern des Anschlusses abzurechnen. Er sagte u. a.: „Wenn wir in diesem Staate Deutsch-Oesterreich allein bleiben, so sind wir nichts anderes als eine Korporation von Überflüssigen, in denen der Kontingenz herrscht und in denen nichts Großes durchgeführt werden kann, am allerwenigsten das Große, was wir wollen: der Sozialismus.“

Bauer geht also von sehr weiten Gesichtspunkten aus. Das Problem des Anschlusses ist für ihn ein nationales und politisches, keine rein diplomatische Rechenaufgabe. Ein Nachfolger als Leiter der künftigen Politik ist Staatskanzler Dr. Renner. Dieser wurde am selben Tage nach St. Germain, in Wien befragt, ob wirklich Deutsch-Oesterreichs Antritt an Deutschland durch die wenigen Worte im Vertrag von Versailles erledigt sei, die Deutschland die Verpflichtung auferlegten, Deutsch-Oesterreichs Selbständigkeit zu achten.

Dr. Renner meinte, jene Bestimmung bilde kein Hindernis, denn Deutsch-Oesterreich denke sich höchstens an einen freiwilligen Antritt. Dabei bleibe seine Selbständigkeit gewahrt. Diese Antwort klingt zweifelhaft, sie wurde aber noch unzutreffender dadurch, daß Renner hinzufügte, die politischen und ökonomischen Beziehungen Europas hätten sich so gestaltet, daß die Anschlussfrage an Aktualität eingebüßt habe.

Wünschen der in den nachfolgenden Ländergruppen vertretenen angeschlossen Länder Rechnung zu tragen werden soll: 1. Die Vereinigten Staaten von Amerika. 2. Mittel- und Südamerika. 3. England und die englischen Kolonien. 4. Belgien, Frankreich und Luxemburg. 5. Italien, Spanien und Portugal. 6. Deutschland, Deutsch-Oesterreich und Schweiz. 7. Rußland und die baltischen Provinzen. 8. Böhmen, Polen und Südsibirien (Ukraine, Griechenland und die Balkanstaaten). 9. Dänemark, Finnland, Niederlande, Schweden und Norwegen.

Der Antrag (Spanien) schloß vor, daß Südamerika mit Spanien zusammengefaßt werde. Compars (Amerika) wandte sich gegen den Vorschlag der Kommission und es wurde beschlossen, daß die Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes realmätkä alle zwei Jahre, möglichst im Herbst stattfinden solle.

Hines (Amerika) bringt einen Antrag ein, man achte auf angeschlossen Organisationen die Kosten für die Delegierten selbst tragen sollen, der mit 23 gegen 2 Stimmen verworfen wurde.

Der Antrag der Kommission, daß jede angeschlossen Organisation einen Abgeordneten auf Kosten des Internationalen Gewerkschaftsbundes senden soll, wird abgelehnt. Die Kommission beantragte, daß die Gewerkschaftszentrale jeden Landes für je 250 000 Mitglieder oder einem Bruchteil im Internationalen Gewerkschaftsbund eine Stimme haben soll.

Amsterdam, 31. Juli. (Via Drahtber.) (Wolff.) Nach der Beschlusse der Beschlusse vor, die Beratung über die Statutenänderung zu beschließen und mit der Beratung der Statuten fortzusetzen. Die Vorschläge der Kommission über die Aufgaben des Kongresses, die Aufgaben des Bureau, seiner Mitglieder und Angestellten sowie der Arbeit über die Zulassung zur Internationalen, worin bestimmt wird, daß nur eine Zentrale jeden Landes Mitglied der Internationalen sein kann, werden angenommen.

Nachdem wurde das Programm der neuen Internationalen angenommen. Im 36. Alter erschienen die Engländer und Amerikaner wieder in der Sitzung und es wurde über die Stimmenverteilung weiter verhandelt.

Regien (Deutschland) reichte, um den Engländern und Amerikanern entgegenzukommen, einen Vermittlungsantrag ein, demzufolge 250 000 Mitglieder eine Stimme, 500 000 Mitglieder zwei Stimmen, eine Million Mitglieder drei Stimmen und darüber hinaus je 500 000 Mitglieder eine weitere Stimme erhalten sollen. Der Vermittlungsantrag Regien wurde mit 18 gegen 6 Stimmen angenommen. Hieran wurde noch ein Antrag zur Einführung des Internationalen Bureau des Gewerkschaftsbundes in Amsterdam angenommen.

Sechste Nachrichten. Einstellung des Luftverkehrs.

(Eigener Drahtbericht.) h. Weimar, 1. Aug. Der aeamte Luftverkehr ist wegen Mangel an Betriebsstoff actern mittig eingestellt worden.

h. Berlin, 1. Aug. (Via Drahtbericht.) Nach Informationen vom Reichswehrministerium und der Direction der Deutschen Luftfahrtverleiher, daß die Einstellung des Luftverkehrs und des Luftverkehrs nur auf einen kurze Zeit besteht. Infolge der Kohlenpreiserhöhung die Veranschlagungen nicht realistisch erschienen; es steht aber zu erwarten, daß sie vielleicht schon morgen eintreffen. Der Verkehr wird dann in vollem Umfang wieder aufgenommen.

Der Ausstand der Kalarbeiter.

(Eigener Drahtbericht.) h. Halle, 1. Aug. Der zum 1. August voratobene allgemaine Ausstand der mitteldeutschen Kalarbeiter hat am auf einem aerrinaen Teil der Werke zum Ausbruch.

Dem Gedächtnis von Jaurès.

(Eigener Drahtbericht.) Paris, 1. August. (Wolff.) Zum fünften Jahrestage der Ermordung von Jaurès bringen sämtliche Wäiter Artikel, in denen sie ihn als Parteimann und Friedensfreund feiern. Heute abend findet im Trocadero eine große Gedächtnisfeier statt.

Streikbewegung und Aussperrung.

Le Havre, 31. Juli. (Havas.) Die Aussperrung der Dockarbeiter ist vollständig. Es sind 8000 Arbeiter beteiligt. In Paris ist die Auslieferung ebenfalls erfolgt.

Noch kein Entschluß der Entente über die Abgabe von Milchföhen.

Verailles, 1. Aug. (Wolff.) Gestern fand die erste Besprechung zwischen deutschen und französischen Sachverständigen über die Abgabe von Tieren nach Artikel 236 des Friedensvertrages statt. Von dem deutschen Kommissar wurde zur Frage der Lieferung von Milchföhen ausgeführt, daß es nicht die Pflicht der Entente sein könne, auch nach dem Kriege die deutschen Kinder durch Entzug von Milch zu schädigen. Es wurde darauf hingewiesen, daß sich auch bei der Entente selbst gegen die Lieferung von Milchföhen Bedenken erhoben hätten, was insbesondere aus einer Rede von Lord Robert Cecil im englischen Unterhaus hervorgehe. Die deutschen Delegierten erklärten, sie vertonen seit dem Kriege die Entente Deutschland die Lieferung von Milchföhen aus den deutschen Beständen zu erlassen würde. Sie würden sich dieser Lieferung nur fügen, wenn sie von der Entente tatsächlich dazu gezwungen würden. Der Vertreter der Entente bezieht sich die Antwort auf diese Erklärung vor.

Die Intervention in Nordrußland.

Amsterdam, 1. Aug. Reuters erfährt aus London, daß sich in aller nächster Zeit Marinekreuzer nach Nordrußland begeben, um dort für den Fall, daß die Besetzung der britischen Streitkräfte Schwervierigkeiten beruhten sollte, als Truppenverbände zur Verwendung zu kommen.

Die Regierung bestimme, daß General Rawlinson sofort nach Rußland gehen solle, um dafür zu sorgen, daß die Zurückziehung der Truppen von Anhangs mit dem Nützlich in Murrangebiete in Uebereinstimmung gebracht werde.

Sitzung des Bürgerausschusses.

Das Kollegium setzte gestern die Beratung der immer noch zahlreichen Punkte der Tagesordnung vom Montag, nachdem in der Mittwochsitzung noch die Einrichtung der elektrischen Beleuchtung im Konfervatorium für Musik, die Erhebung eines Zuschlags zur Wertzuwachssteuer und die Errichtung neuer Professoren- und Lehrstellen genehmigt worden war, fort. Das Gaus war bei Eröffnung um 9 Uhr knopp beschäftigt.

Oberrürgermeister Siegrist: Ein amtlicher Artikel über die Reklamation der Stadt Karlsruhe über den Ministerium des Innern stammt, enthält Unrichtigkeiten und Anfechtungen, die nicht unerwidert bleiben können. Die Ausführungen des Vorsitzenden wurden teilweise von den Sozialdemokraten und Unabhängigen unterbrochen, als er sich gegen eine Erklärung der Volkswehr wendet, die eine für die Urachen wegen Nichterstattung des amerikanischen Mehltes nicht für die Ordnung eintreten. Das ist ein unhaltbarer Zustand und er habe davon dem Ministerium des Innern Mitteilung gemacht. (Zurufe links: Sie provozieren die Bevölkerung. Inerhörl! Oberrürgermeister: Wenn Sie ausgeschimpft haben, Jahre ich fort. Ich muß hier Arbeit schaffen. Sie haben zugestimmt, doch ich die Verhandlungen leite. Zustimmung bei den Demokraten und dem Zentrum.) Der Vorsitzende geht dann auf Vorgänge in Wien ein, wo Direktor Braundle Nahrungsmittel einkaufen sollte. (Zurufe hier wird der Vorsitzende vielfach unterbrochen.) Die Bürgerwehr muß die Wahrheit erfahren. Direktor Braundle hat nicht der Vertreter des Stadtrats, als er in Wien verhandelte, und zwar im Auftrag der Regierung, erichien ein Karlsruher Kaufmann ebenfalls als Vertreter der Regierung, der aber von Herrn Braundle abgemittelt wurde und dieser Herr hat sich dann bei der Regierung behauptet, weil er durch das Beiseitstehen eine Provision von 70 000 Mk. verloren hat. Ich habe Herrn Braundle gesprochen, und er hat mir erklärt, daß er den in einem amtlichen Briefe erwähnten Ausbruch: „Wissen Sie denn nicht, daß das baltische Ministerium, jopett man überhaupt noch von einem solchen sprechen kann, hier nichts mehr zu sagen hat; der nur kann in Karlsruhe handeln und kaufen, der über das nötige Geld verfügt, und das bin heute ich.“

Der Vorsitzende schloß seine Ausführungen, die Regierung möge sich nicht mit solchen Kleinigkeiten abgeben, sondern dafür sorgen, daß Lebensmittel in die Stadt kommen, und sie möge darauf sehen, daß im Lande die Vorschriften eingehalten werden. In Mannheim ist das den Kolonialwarenhandlungen zur Verteilung überwiegene Auslandsmehl eingeführt worden, die damit Bregeln und Schindeln bußen und diese Maßnahmen zu Wiederpreisen verhalten.

Stadtr. Geß (Soz.) befragt die Hin- und Herbewegung, bei dem nicht herauskomme. — Stadtr. Szilke (U. S.) gibt die Erklärung ab, daß keine Fraktion in der letzten Sitzung nicht gegen die Verbilligung der Auslandsmehls gestimmt habe, sondern nur dagegen, daß die Mittel dafür aus Lebensmitteln genommen würden, statt der Menge aufgebüdet zu werden und zwar auf die Kosten von 6000 Mk. aufwärts. — Stadtr. Schwert (Soz.): Wir werden es begrüßen, wenn der Tag gekommen ist, an dem Sie, Herr Oberrürgermeister, nicht mehr an diesem Platze sitzen und wir bedauern, Ihnen die Führung der Geschäfte dem Antrag des Zentrums entsprechend, übertragen zu haben. Heute würden wir das nicht mehr tun.

Die bis dahin ziemlich erregte Stimmung wurde nun etwas ab. Nach kurzen Aeußerungen der Stadtr. Müller-Wirk (Soz.) und der Herrn Fischer (Soz.) begrüßte Stadtr. Pfeiff (Dem.) die Ausführungen des Oberrürgermeisters. Das Ministerium habe eine große Schuld in der Mehlsangelegenheit. Die Städte sollten mit aller Festigkeit auf ihrem Selbstbestimmungsrecht bestehen und den Kommunalverbänden sollte man die Verteilung des Mehles überlassen.

Im weiteren Verlauf der Debatte bedauerte Stadtr. Sauer (Soz.), daß dem Stadtrat in der Angelegenheit nicht Zeit zur Ausdrucks gegeben worden sei. Jetzt könne man sich kein abschließendes Urteil bilden. Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Die Vereinarbeitung über das Landestheater.

Oberrürgermeister Siegrist: Sie haben von den Beschlüssen des Landtags gehört, der der Vereinbarung zwischen der Stadterwaltung und dem Staat in der Angelegenheit des Landestheaters unter der Bedingung zustimmte, daß der Vertrag 8 wöchlich. (§ 8 enthält die Klausel, daß ein dieses in Folge höherer Gewalt z. B. Mangelmangels, schließen muß.) Ich frage, ob die Regierung entschlossen ist, wenn die Stadt sich nicht an dem Theateraufwand beteiligt, das Theater zu liquidieren. Der Stadtrat hat sich gestern mit dieser Angelegenheit befaßt und empfiehlt dem Bürgerausschuss, der Vereinbarung unter Streichung des § 8 zuzustimmen.

Ramens der Sozialdemokraten erklärt Stadtr. Rothweller, daß seine Fraktion auch unter Wegfall des § 8 der Vereinbarung zustimmen werde.

Stadtr. Ohmann (F. Fr.) hält es für unverantwortlich, wenn durch die Veräußerung der Stadt das Theater einginge. Die Stadt habe auch keine Möglichkeit, selbst ein Theater in Betrieb zu setzen.

Stadtr. Gijinger (D. N.) erklärt, seine Fraktion lehne die Vereinbarung ab, weil dadurch der Stadt unübersehbare finanzielle Lasten aufgebüdet würden.

Stadtr. Sellbach (Dem.) führte u. a. aus: Die Stadt Karlsruhe kämpft eben um das materielle Wohlbefind, ich möchte die Theaterfrage des baltischen Reiches h nennen, ohne die Theaterkunst allgänzlich zu übergeben. Die Lage für die Stadt Karlsruhe vor Augen gestellt, an die sie früher kaum denken hat nicht gedacht hat, weil diese Aufgaben dem Hof zur Lösung zufielen. Ich bedauere, daß die Stadt Karlsruhe, nicht durch ihre Schuld, nicht schon früher an dem Theater beteiligt wurde. Der Vorschlag, daß wir besser fahren würden, wenn das Theater von vornherein Landestheater würde, hat gewiß manches Befriedigende, ich möchte ihn aber nicht unterstützen. Natürlich wäre es zu begrüßen, wenn die Initiative in eine Hand gelegt würde, aber es ist doch auch sehr ermunternd, daß der Charakter des Landestheaters gewahrt wird. Denn als solches ist es ein Bestandteil der Vorgänge, die der Stadt Karlsruhe als Landeshauptstadt für ihre Zukunft noch wichtig sind. Wenn sie diese Vorgänge nicht mehr besitzt, wird sie sehr viel verloren haben. In seinen weiteren Ausführungen bedauerte der Redner, daß die ganze Theaterfrage im Stadtrat und Bürgerausschuss so schnell hätte erledigt werden müssen. Man hätte eine Kommission von Mitgliedern des Landtags und der Stadterwaltung unter Zugewinnung von Sachverständigen einsetzen müssen, die sich mit der Theaterfrage noch hätte beschäftigen sollen.

Dann wäre auch in der Vereinbarung manches anders ausgefallen. Der Abbau Karlsruhe als Landeshauptstadt darf nicht weitergehen. Man erfahren wir, daß die Regierung beabsichtigt hat, die Fortabteilung der Hochschule nach Freiburg zu verlegen. Wenn noch andere Städte von dem Gebäude abbröckelten, so bliebe der Stadt Karlsruhe als Landeshauptstadt ein Kulturzentrum nicht mehr viel übrig. Freiburg kann doch niemals Landeshauptstadt werden. Es wird in den kommenden Jahren noch ganz andere Sorgen haben, denn es wird daran denken müssen, wie es seine Unversität erhalten kann. Wir dürfen nicht unterlassen, daß das Volk nun an einen gewissen Glanz gemöhnt ist und daß man diesen auch in gewisser Hinsicht aufrecht erhalten muß. Man muß deshalb daran denken und dafür sorgen, daß das Landestheater auch dem Lande zugute kommt. Eine geschickte Führung des Theaters könnte den Charakter als Landestheater sehr gut betonen. Sehen wir doch nach Dettingen, wenn die Leute von weit her reisen, um sich diese Theaterkunst anzusehen. Ein oder zwei Mal im Jahre sollte das Landestheater besondere Vorstellungen veranstalten und die Eisenbahnverwaltung sollte günstige Verbindungen schaffen, damit die Bevölkerung von weiter kommen kann. Damit würde dem Lande ein Bedürfnis kommen, daß Karlsruhe ein Zentrum heißt, das dem ganzen Volke gehört. In seinen Schlußworten sprach sich der Redner für die Vereinbarung aus.

In der weiteren Debatte wandte sich Stadtr. Siegel (Dem.) gegen die Vereinbarung unter Hinweis auf die schlechte Finanzlage. Stadtr. Geß (Soz.) verwies auf die Beendigung der Landestheaterfrage im Landtag und auf die Bildung einer Kommission von Landtagsmitgliedern und Vertretern der Stadterwaltung Karlsruhe. Der Unabh. Dietrich erklärte, seine Fraktion werde der Vereinbarung mit oder ohne § 8 zustimmen. Bei der Abstimmung wurde die Vereinbarung unter Streichung des § 8 mit allen Stimmen gegen jene des Zentrums und der Deutsch-Nationalen angenommen.

Die folgenden Punkte der Tagesordnung wurden ohne Debatte angenommen und zwar: der Neubau eines Beamtenwohnhauses auf dem Bahnhofsgelände in Spöck, ein Geländeverkauf an die Brauerei Sauer, ein Hof Engelhard und an M. Grafenhein, ferner die Anschaffung von zwei elektrisch betriebenen Juggwagen für die Müllabfuhr und die Ofenanlage des Gaswerks. Die Vorlage über die Errichtung eines städt. Saales und Gabelmerls wurde vom Stadtrat zurückgezogen. Bei der Vorlage über die Errichtung einer Schwadensteinfabrik wurde von dem Stadtr. Ohmann (F. Fr.) wie auch bei anderen Rednern bemängelt, daß die Arbeiten schon in Angriff genommen worden seien, bevor der Bürgerausschuss seine Zustimmung gegeben habe.

Oberrürgermeister Siegrist erklärte, daß es nötig sei, oft schnell zuzugreifen, um weitere Preissteigerungen zu verhindern. Nach der Verlesung der städt. Rechnungen für 1917 wurde die Sitzung geschlossen.

Karlsruher Hausfrauenbund.

Beizeitschick für die Zeit vom 3. bis 9. August.

- Sonntags: Meisnauer mit Gelbstrüben, achte Meislschälke und Bohnen. Abends: Gemischter Salat, Prot und Ter. Mittwochs: Saftige Linsenuppe, Krautmilch mit Kartoffeln und mit etwas Meislschälke gefüllte Pfannkuchen. Donnerstags: Rührlinse, Kohlrabi und Kartoffelschälke. Abends: Gärcrebi und Osh. Freitags: Gemischte Suppe, Nisch, Kartoffeln und Sauerkraut. Abends: Gerintendubbin oder Auflauf mit Marmelade. Samstag: Rührlinse, Marmeladensalat und geröstete Kartoffeln oder Kaktusen. Abends: Meislschälke und Osh.

Erklärung.

„In Nr. 57 des Residenzanzeigers veröffentlicht Herr A. Hund im Verfolg seiner nicht erdenklichen Angriffe gegen die Badische Landwirtschaftskammer eine Erklärung, deren Ziffer 1—3 folgendermaßen lauten: 1. Im Sühneverfahren vom 21. November 1918 im Amtsgericht hat einer der zwei Rechtsanwältinnen vorgeschlagen, mir eine Entschädigungssumme anzubieten, die von mir ausgeschlagen wurde. Der Sühnetermin wurde hierauf auf den 6. Dezember vertagt.“

2. Die Landwirtschaftskammer hat mich alsdann am 24. November auf 27. November, abends 8 Uhr, in die Landwirtschaftskammer zu einem Vergleich eingeladen.“

3. Bei diesem Vergleich war mein Prozeßbevollmächtigter nicht anwesend und hat auch später wohl kaum eine Erklärung ohne meinen Auftrag unterzeichnet.“

Diese Veröffentlichung kann ich als Prozeßbevollmächtigter der Badischen Landwirtschaftskammer in dem von Herrn Hund beherrschten Privatangelegenheiten nicht unverbunden lassen. Zu 1. Herr Hund verlangte Wiedereröffnung sofort abgelehnt. Da Herr Hund behauptet, er sei durch den Prozeß und die Entschädigungsschuldigkeit, wurde ihm Bezahlung einer Entschädigungssumme hierwegen in Aussicht gestellt. Im Termin vom 20. November hat er die Annahme einer Entschädigungssumme abgelehnt, im Termin vom 27. November jedoch nicht mehr. Im Gegenteil er verlangte das Doppelte von dem, was ihm seitens der Landwirtschaftskammer angeboten und von seinem eigenen Prozeßbevollmächtigten als angemessen bezeichnet worden ist.“

Zu 2. Die Besprechung vom 24. November war zwischen den Parteien im Sühnetermin vom 21. November 1918 auf Anregung des Gerichts vereinbart worden. Die Landwirtschaftskammer hat Wert darauf gelegt, vor Abschluß eines Vergleiches, Herrn Hund vor einer beiderseitigen Ueberständnis aufgestellten Kommission Aufklärung über die von ihm dem Zusammenhang nach nicht geklärten Vorgänge zu geben. Dies geschah in der Besprechung vom 27. November 1918. Herr Hund erkannte in dem Vergleich, der als Ergebnis der Besprechung zustande kam, in § 1 die Vollständigkeit seiner Vorwürfe an.“

Zu 3. Herr Hund war in beiden Terminen selbstverständlich durch einen Prozeßbevollmächtigten vertreten. Ohne Anwesenheit desselben hätte ich einen Vergleich gar nicht abgeschlossen. Die Tatsache, daß Herr Hund beitrete, durch einen Anwalt vertreten gewesen zu sein, bestätigt, wie viele andere, meiner schon seit Beginn des Prozesses achtete Auffassung, daß Herr Hund eine Natur ist, die man nicht für alles, was sie tut, zur Rechenschaft ziehen kann.“

gez.: Oskar Hüppel, Rechtsanwalt.

WEINE

Spanische Alicante-Verschnitt-Schweizer u. Ungar. Konsumweine sind eingetroffen.

Weitere Wagen Spanische weiße und rote Konsumweine treffen nächste Woche ein und offerieren solche sowie deutsche Rot- und Weißweine offen und in Flaschen billigst.

Franz Fischer & Cie.
Wein- und Trauben-Import

Karlsruhe i. B. Fernsprecher Nr. 163.

Café-Restaurant Fürstenberg

Telephon 349 Durlach Telephon 349

Hauptstraße 52, nächst dem Rathaus
Gute Küche — Reine Weine
Gepflegtes Bier — Eigene Konditorei
Kaffee, Tee, Schokolade zu jeder Tageszeit
Hans Seydel, Besitzer.

Welt-Kino

Kaiserstraße 133

Nur 4 Tage!

Samstag — Sonntag — Montag — Dienstag

Der Hund von Baskerville: der größte,
Der Hund von Baskerville: der spannendste,
Der Hund von Baskerville: der unübertroffene

4 Akte!

4 Akte!



Detektiv-schlager 4. Teil

Die Sage vom Hund von Baskerville, oder Wie entstand der Hund von Baskerville

nach dem berühmten gleichnamigen Kriminal-Roman.
Die Hauptrollen sind besetzt von **Alwin Neuß** und **Friedrich Kühne**.
Jeder Teil ist eine für sich selbst abgeschlossene Handlung.

Olga Desmond

Die Frau des Staatsanwals

Schauspiel in 3 Akten.
Interessante Szenen und Gerichtsverhandlungen halten das Publikum in dauernder Spannung.

Voranzeige.
Ab Mittwoch!

Die beliebte und bildschöne Künstlerin **Ally Kolberg** in **Arme kleine Helga**
Drama in 4 Akten.

RESIDENZ-Lichtspiele

Spielplan 2. — 5. August

Waldstraße 30

Die Sensation des Tages

Die Nackten

Drama in 6 Akten

Ein Kolossalwerk mit fabelhafter Wirkung
Ein soziales Werk mit zeitgemäßem Aufbau
Ein Ausklang für Gleichheit und Recht
Verfaßt und inszeniert von M. Berger
Hauptdarsteller:

Bruno Decarli
Charlotte Schulz, Max Ruhbeck,
Max Gulstorff,
Hunderte von Mitwirkenden.
Künstler-Kapelle.

Schillerstr. 22

Erstaufführung

Das Licht im Fenster

Drama in 4 Akten mit

Ria Witt in der Hauptrolle.

Der Weiberfeind

mit **Paul Teddy Heidemann**
Lustspiel in 3 Akten.

Durlach

Grüner Hof

Großes Doppelprogramm

Der Hilferuf

mit **Stuart Webbs**.

Mein Name ist Spiesecke

Lustspiel in 3 Akten.

Fürst Seppi

Ein drolliges Lustspiel in 3 Akten mit **Erich Kaiser-Titz** und **Resel Orla**.

Ettlingen

Städt. Festhalle.

Nur Sonntag, 3. August.

Der gelbe Schein

Schauspiel in 4 Akten mit

Pola Negri

Ich versichere Sie

Burleske in 2 Akten.

Stadtgarten.

Sonntag, den 3. August 1919

Mittagskonzert von 12 bis 1 Uhr
(ohne Konzertsbeitrag)

des Orchester-Bereins

Leitung: Kapellmeister **Karl Arohne**.

Nachmittagskonzert von 4 bis 7 Uhr
des Musikvereins Karlsruhe

Leitung: **Eugen Leonhardt**.

Eintrittspreise wie bekannt, zusätzlich 5 Pf. Lustbarkeitssteuer.

Bei ungünstiger Witterung findet das Nachmittagskonzert in der Festhalle statt.

COLOSSEUM.

Gastspiel Blatzheim

Nur noch 2 Tage Heute Samstag

Ehrenabend für Herrn **Blatzheim**

Sonntag, den 3. August 1919

Zwei Vorstellungen, nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr

Abschiedsvorstellung

Die schwebende Jungfrau

Schwank in 3 Akten von Bach und Arnold.

Vorverkauf Sonntag vorm. von 11—12 Uhr an der Colosseumskasse.

Ab Montag, den 4. August 1919 bleibt das Colosseum geschlossen.

Jeder Sportmann muß

heute abend dem Wettspiel

Berolina - K.F.V.

anwohnen.



Beginn 1/27 Uhr
auf dem Sportplatz der verl. Moltkestr.
Linie 8.

Wirtschaft z. „Gold. Kopf“

Markgrafenstr. 49.
Vorzügliche reichhaltige Küche. Weiß- u. Rotweine.
Gemütliches Nebenzimmer. Helle Kegelbahn.
Sonntag: H. Zwiebelkuchen.
Hochachtungsvoll
Fr. Baumann, Koch

Städtisches Konzerthaus

Samstag, den 2. August 1919.

Die Landstreicher.

Operette in 2 Akten u. einem Vorspiel v. Krenn u. Lindau.
Musik von C. M. Ziehrer.

Anfang 1/28 Uhr. Ende 10 Uhr.

Spielplan vom 3. bis 10. August.

Im Konzerthaus: Sonnt. 3., nachm. 2 Uhr „Bruder Straubinger“, abends 7 Uhr „Die Faschingsfee“. — Dienst. 5.

„Die Fledermaus“ 7 1/2. — Mittw. 6. „Die Landstreicher“ 7 1/2.

— Donnerst. 7. „Die Coaradasfürstin“ 7 1/2. — Freit. 8.

„Die Faschingsfee“ 7 1/2. — Samst. 9. „Musikantenmädel“ 7 1/2.

— Sonnt. 10. „Musikantenmädel“ 7.

V.D.H. Kreisverein Karlsruhe

Sonntag, den 3. August

TANZ-AUSFLUG

HANSA-Restaurant am Rheinhafen. Anfang 4 1/2 Uhr.

Gasthaus zu den 3 Kronen

Ecke Kronen- und Zähringerstraße.

Gute bürgerliche Küche.

Gutgepflegte Weine. Moninger Bier.

Ferdinand Weber.

Emaile-Geschirre

werden dauerhaft repariert (nicht gelötet)

Geschirre-Reparatur-Anstalt Körnerstraße 38 im Hof. Telephon 1421.

Empfehle

So lange Vorrat Gogen Bezugschein

Reichsstoffe

zu vorgeschriebenen Preisen.

— Ferner laufend: —

in- und ausländische Stoffe bezugscheinfrei.

Hans Leyendecker Herrenschneiderei I. Range

Kaiserstr. 161, eine Treppe, Eingang Ritterstraße. — Telephon 1316.

Anerkannt beste Qualität

Zahnbürsten

Emil Vogel Nachf.
3 Friedrichsplatz 3

Ferienmonatskarten

für Erwachsene mit Kabinett Mk. 12.—

für Kinder „ „ Mk. 10.—

für „ ohne „ Mk. 8.—

gültig vom 1. August bis 15. September

Friedrichsbad, Kaiserstraße Nr. 136.

Dr. med. Waldemar Hoelt
Gretel Hoelt, geb. Braun
Vermählte
Karlsruhe, 2. August 1919. Pforzheim.

Verlobungen, Vermählungen
Geburtsanzeigen
veröffentlicht man im stark verbreiteten, in Karlsruhe und Umgebung in allen Kreisen gerne gelesenen **Karlsruher Tagblatt** Badische Morgenzeitung.

Achtung! Billige Küchen!
45 Stüd. bestehend aus Schrank, Kuchenschrank, Tisch und 2 Stühle, ungezirt, à Mk. 310.— liefert **Möbelfabrik Kollingen**, Bad. Rheinfelden.

Verschiedenes
An Privat Mittag- u. Abendlich aus u. reichlich, werden noch Plätze angenommen. Eintrittspreise 4.

Heute Samstag 8 Uhr im Ruderhaus
Monats-Versammlung. Täglich rudersportliche Übungen.
Mittwoch: Friedrichshof. **F. V. Beiertheim** E. V.



Sonntag, 3. August 1919 von nachmittags 1/22 Uhr an **Sportwettkämpfe** und Faustballspiel

Turnerbund Bruchsal und Turnerbund Beiertheim. Ferner 5 1/2 Uhr **Wettspiel Südsterne I.**

gegen **Beiertheim I. und II.** Die Mitgliedskarten sind an der Kasse vorzuzeigen. Abends 8 Uhr im Lokal **Tanzunterhaltung.**